



Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
Groupement suisse pour les régions de montagne
Gruppo svizzero per le regioni di montagna
Gruppa svizra per las regiuns da muntogna

Medienmitteilung Nr. 1178

Wildhaus, 7. Juli 2020

SAB unterstützt Weiterentwicklung von Postfinance

Der Bundesrat will der Postfinance den Einstieg in das Kredit- und Hypothekengeschäft ermöglichen. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB unterstützt dieses Vorhaben. Damit wird ein Beitrag geleistet, damit die Post auch weiterhin die Grundversorgung aus eigenen Mitteln finanzieren kann und nicht Abgeltungen der öffentlichen Hand in Anspruch nehmen muss.

Für die SAB steht eine flächendeckende Grundversorgung in guter Qualität für alle Bewohner und Unternehmen in diesem Lande im Zentrum. Zu dieser Grundversorgung gehören Postdienstleistungen und der Zahlungsverkehr. Die Leistungen können nur erbracht werden, wenn ein dichtes Netz von Zugangspunkten vorhanden ist. Das Netz von Zugangspunkten hat seinen Preis. Die Postcom weist in ihrem aktuellen Jahresbericht ungedeckte Kosten der Post in der Grundversorgung von 281 Mio. Fr. aus. Diese Kosten kann die Post heute innerhalb des Konzerns selber stemmen. Einen wesentlichen Anteil daran hat Postfinance.

Die Erträge von Postfinance sind aber seit langem rückläufig und werden in den nächsten Jahren ins Minus fallen. Denn die Möglichkeiten der Postfinance, ihre Kundengelder zu investieren, sind per Gesetz stark eingeschränkt. Mit einer Revision des Postgesetzes will der Bundesrat nun der Postfinance ermöglichen, im inländischen Markt Kredite und Hypotheken zu vergeben. Dadurch kann die Ertragslage des Postkonzerns gesteigert und ein wesentlicher Beitrag zur Finanzierung der Grundversorgung geleistet werden. Die SAB unterstützt deshalb diesen Schritt.

Für die SAB ist in diesem Zusammenhang aber zentral, dass Postfinance nicht privatisiert wird. Denn nur solange Postfinance im Besitz der Post bleibt, können die erstrebten Erträge aus dem Kredit- und Hypothekengeschäft auch für die Finanzierung der Grundversorgung verwendet werden. Ansonsten würden sie zu Kapitalgebern ausserhalb des Postkonzerns abfliessen und stünden somit nicht für die Finanzierung der Grundversorgung zur Verfügung. Das Ziel der Revision des Postgesetzes würde dadurch ausgehebelt.

Alternativen zur Ausweitung der Tätigkeiten von Postfinance wären eine Reduktion des Angebotes in der Grundversorgung oder Abgeltungen durch die öffentliche Hand. Eine Reduktion der Grundversorgung kommt für die SAB auf keinen Fall in Frage. Die teils sehr

emotional geführten Debatten um Poststellenschliessungen haben deutlich gezeigt, wie wichtig für Bevölkerung und Politik eine gute, flächendeckende Grundversorgung ist. Die Post kann diese Grundversorgung heute aus eigenen Mitteln finanzieren. Dieses Modell ist Abgeltungen durch die öffentliche Hand vorzuziehen. Damit dies auch in Zukunft so bleiben kann, benötigt Postfinance mehr Handlungsspielraum. Der Einstieg in das Kredit- und Hypothekargeschäft ist deshalb richtig.

Für Rückfragen:

- Christine Bulliard-Marbach, Präsidentin der SAB und Nationalrätin, Tel. 079 449 05 69
- Thomas Egger, Direktor der SAB und alt Nationalrat, Tel. 079 429 12 55